Nummer 13. München, den 23. Juni 1906. 3. Jahrgang.

Schneider-Zeitung

Obligatorisches Organ des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen und verwandter Berufskollegen Deutschlands. Sitz München.

Erscheint alle 14 Tage. — Abonnementspreis vierteljährlich 45 Pfg. — Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.

Für Schriftleitung, Verlag und Expedition verantwortlich A. Schwarzmann, München, Corneliusstr. 24.
Druck der Münchener Handelsdruckerei Hans Beck, Wallherstr. 13. T. 8390.

Insertionspreis: die 4-spaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg., bei mehrmaliger Wiederholung entsprechenden Rabatt.

Kollegen! Agitiert allerorts für unsern Verband!

Handelsminister Delbrück und die christl. Gewerkschaften.

Im preußischen Herrenhause war es. Die Gemüter der Edelsten der Nation waren erregt, denn etwas Unglaubliches war Tatsache geworden: Graf Oppersdorf, der warmherzige Volksfreund, war für das geheime Wahlrecht der Bergleute und für das Wahlrecht der Invaliden eingetreten, denn er wollte einen Fehler des preußischen Dreiklassenparlaments wieder gut machen, wollte die Novelle zum Knappschaftsgesetz einigermaßen den Bedürfnissen der Zeit entsprechend ausgestaltet sehen. Es ist ganz selbstverständlich, daß er mit dieser arbeiterfreundlichen Meinung nicht durchbrechen konnte. Das Herrenhaus wäre in diesem Falle ja im guten Sinne ein Korrektor des unteren Hauses gewesen. Das ist aber undenkbar, es würde der Tradition und — der Aufgabe des Herrenhauses widersprechen. Man mußte deshalb sogar den guten Eindruck der Worte des Grafen Oppersdorf verwischen und dieser Aufgabe unterzog sich in edler Selbstlosigkeit der Handelsminister Delbrück. Als geeignetes Ziel seines Husarenrittes suchte er sich die christlichen Gewerkschaften aus, denn Graf Oppersdorf hatte vorher auch gerügt, daß im Machtbereiche des Handelsministers, in den fiskalischen Gruben des Saarreviers, die christlichen Gewerkschaften vielfach zu wenig berücksichtigt würden. Darauf erwiderte ihm der Minister unter andächtigem Schweigen des hohen Hauses und verständnisvollem Kopfnicken vieler, die mit den Buek und Tille eines Herzens, eines Sinnes sind:

„Nun, meine Herren, ist im Zusammenhang hiermit darüber geklagt worden, daß von verschiedenen Seiten — es ist auch ausdrücklich die Königliche Staatsregierung genannt worden — die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften nicht richtig gewürdigt würden. Es ist mir angenehm, daß mir Gelegenheit gegeben wird, auf diese Frage kurz einzugehen. Meine Herren, ich schicke voraus, daß ich es nur mit Freuden begrüßen kann, wenn die Arbeiter sich auf einer Grundlage zusammenfinden, die sich deckt mit den Auffassungen der königstreuen und staatserhaltenden Parteien und ich würde eine derartige Organisation der Arbeiter mit Freuden begrüßen, wenn sie in der Lage wäre, ihre Ziele in einer Form und auf einer Grundlage zu verfolgen, die sich mit dem Charakter einer kirchlichen und königstreuen Partei verträgt. Ich muß aber ausdrücklich betonen, daß die Art, wie die christlichen Gewerkschaften ihre Ziele verfolgen, sich nicht immer deckt mit dem Kaiserhoch, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen und mit dem Hoch auf das deutsche Vaterland, mit dem diese Versammlungen geschlossen werden. Ich will mich nicht dagegen wenden, daß eine Organisation, die die Interessen der Arbeiter vertritt, Forderungen stellt, von denen sie wissen kann, daß sie nicht alle erfüllt werden; das liegt in der Natur der Dinge, das ist im politischen, das ist im wirtschaftlichen Leben nicht anders; aber die Forderungen müssen immerhin so formuliert sein, daß sie sich im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erfüllen lassen; sie dürfen nicht so formuliert sein, daß man den Verdacht hat: Ja hier wird tatsächlich alles gefordert, was auch die Sozialdemokraten fordern, weil sonst die Gefahr [illegible] der christlichen Gewerkschaften eine außer[illegible] sein würde. Darin liegt für die christlichen Gewerkschaften eine Gefahr, auf die ich mich [illegible] bei dieser Gelegenheit ausdrücklich [illegible] weil ich im Prinzip den christlichen [illegible] nicht unfreundlich gegenüber[illegible] da [illegible]. Die Agitationsweise [illegible] Gewerkschaften ist meines Erachtens [illegible] über das [illegible] erforderlich ist, um die [illegible] der christlichen [illegible] im [illegible] des Standes und seiner Organe zu untergraben. Ich will auf mir unmittelbar naheliegende Verhältnisse exemplifizieren, das sind die Verhältnisse im fiskalischen Saarrevier. Im fiskalischen Saarrevier verfügen die Arbeiter seit über einem Jahrzehnt über Arbeiterausschüsse. Es ist im Saarrevier die Einrichtung der sogenannten Arbeiterkontrolleure vorhanden, kurzum, es ist in der weitgehendsten Weise den Arbeitern die Möglichkeit gegeben, ihre Interessen zu vertreten und ihre Wünsche zur Kenntnis der Bergverwaltung zu bringen? Was geschieht nun? Die christlichen Gewerkschaften schicken einen Arbeitersekretär, der gar nicht Arbeiter im Saarrevier ist, dorthin, dieser entfaltet eine umfassende Agitation, Sonntag für Sonntag werden Versammlungen abgehalten, in diesen Versammlungen sprechen diese auswärtigen Emissäre, sie imputieren den Arbeitern geradezu Forderungen, auf die sie von sich aus gar nicht gekommen wären, sie tun es in einer Form, die das Ansehen der Beamten der Bergverwaltung in der schwersten Weise schädigt. Ich bin aus diesem Grunde genötigt gewesen, eine Anzahl von Arbeitern zu entlassen, um von vornherein zu dokumentieren, daß wir uns mit dieser Agitationsweise unter keinen Umständen einverstanden erklären können, die darauf hinausgeht, die Autorität zu untergraben und das möchte ich gerade denjenigen Herrn hier gesagt haben und warm ans Herz legen, die ein Interesse für die christlichen Gewerkschaften haben. Ich bin bereit, die christlichen Gewerkschaften — soweit es möglich ist — zu fördern. Ich werde ihnen nicht einen Stein in den Weg legen, aber ich muß verlangen, daß ihre Agitation, ihre Art zu arbeiten, ihre Art zu fordern, sich auf einem Boden bewegt, der sich mit den Grundsätzen des Preußischen Staates verträgt."

Die christlichen Gewerkschaften wissen jetzt, was sie zu tun haben. Sie müssen in einem Geiste arbeiten, der dem Geiste des preußischen Staates entspricht. Ausgerechnet des preußischen Staates, in dem einerseits das Scharfmachertum die höchste Blüte der Entwicklung erreicht hat und andererseits die feudale Reaktion von der neuzeitlichen Entwicklung noch gar nichts gelernt hat. Diese beiden Faktoren beherrschen aber den preußischen Staat, wie jede Phase seiner Entwicklung, jede gesetzgeberische Arbeit seiner Parlamente schlagend beweist. Wer das nicht glaubt, braucht nur wieder die Novelle zum Knappschaftsgesetz anzusehen oder obige Ausführungen des Ministers Delbrück zu lesen.

Herr Delbrück will also die Arbeiter organisiert sehen in einer Form und auf eine Grundlage, die sich mit dem Charakter einer kirchlichen und königstreuen Partei deckt. Schon diese Auffassung gibt zu denken. Der Herr Minister scheint wohl zu glauben, daß man die christlichen Gewerkschaften sehr wohl als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie gebrauchen könnte. Sie sollen also in der Hauptsache eine politische Bewegung aus der Welt schaffen helfen, an deren Erstarkung gerade der preußische Staat nicht sehr unschuldig ist. Herr Delbrück übersieht, daß die christlichen Gewerkschaften Selbstzweck, nicht aber „Mittel zum Zweck" sind, daß sie in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu wahren haben, und dabei müssen sie freilich oft in einer Weise arbeiten, die einem preußischen Minister nicht gefallen kann. Die Schuld daran aber tragen jene Kreise, denen Graf Posadowsky vor nicht allzulanger Zeit ernstlich die Gefahren ihres brutalen Egoismus vor Augen geführt hat.

Wann und wo haben denn die christlichen Gewerkschaften jemals Forderungen aufgestellt, die sich im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht erfüllen lassen? Meint Herr Delbrück vielleicht in einer gewissen Ideenassoziation mit dem Tilleschen Grundsatz: „Die Arbeiter haben keine Menschenrechte", jener Kardinalforderung auch der christlichen Arbeiterschaft, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter Faktor im staatlichen Leben ist, entgegentreten? Dann möge er doch einmal die bekannten Februarerlasse seines kaiserlichen Herrn nachlesen. Die allerdings Gleichberechtigung nützt aber dem Arbeiter auch nichts, wenn man ihm die Mittel vorenthält, um seine Menschenrechte zu genießen. Das ist das ganze Geheimnis der überstiegenen Forderungen der christlichen Gewerkschaften, Herr Handelsminister.

Das Urteil Delbrücks über die Agitationsweise der christlichen Gewerkschaften spricht für sich selbst. Was er über die Verhältnisse in den fiskalischen Gruben des Saarreviers und über sein Vorgehen gegen „unzufriedene Arbeiter", an „denen ein Exempel statuiert werden mußte" um „die Autorität zu wahren", gesagt hat, muß das Herz jeden Scharfmachers vor Freude schneller schlagen machen. Schließlich sollte auch ein preußischer Handelsminister die christlichen Arbeiterführer nicht direkt beleidigen. Er müßte sich wenigstens daran erinnern, daß diese christlichen Arbeiterführer es waren, welche sich ehrlich darüber entrüsteten, als das Scharfmachertum beim Bergarbeiterstreik die Minister wie Schuljungen behandelt.

Wir wollen nicht verkennen, daß in der Rede Delbrücks auch manche sympathische Saite für die christliche Gewerkschaftsbewegung mitgeklungen hat. Wir möchten nur wünschen, daß er sich von den Fesseln des Scharfmachertums etwas mehr losreißen und die Dinge wirklich objektiv zu beurteilen versuchen würde. Er würde dann zu dem selbstverständlichen Schlusse kommen:

Nicht die ruhige, zielbewußte Arbeit der christlichen Gewerkschaften untergräbt die Staatsautorität. Nicht eine offene Kritik an den Handlungen der Staatsorgane schädigt die Staats- und Gesellschaftsordnung. Wohl aber der brutale Geist der Willkür und der feudalen Reaktion bringt die Massen in Erregung und führt sie ins Lager des Feindes. Das Kaiserhoch der christlichen Arbeiter klingt wahr und treu. Der Herr Minister möge einmal prüfen, ob auch der Hurrahpatriotismus des internationalen Großkapitals und seiner Gefolgschaft aus überzeugtem Herzen kommt. Wir befürchten sehr, er wird dort sehr oft auf den Grundsatz stoßen: ubi bene, ibi patria! Und dann wird er sich als getreuer Diener seines Herrn und des Vaterlandes zu den rauhen Männern mit der schwieligen Faust wenden, die da sagen:

Wir fordern die Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen des Volkes, wir fordern aber auch die Mittel, um diese Gleichberechtigung genießen zu können. Dabei fußen wir auf den praktischen Grundsätzen des Christentums, die allein uns als Hort der Freiheit und des Rechtes möglich erscheinen. Weil wir aber von diesen christlichen Prinzipien durchdrungen sind, geben wir mit Freuden dem Staate, was des Staates ist, dem Kaiser, was des Kaisers ist, wenn's sein muß auch das Leben.

Die herrschenden Mächte gerade in Preußen hätten alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß alle Kreise des preußischen Volkes diese Grundsätze auch für sich anerkennen würden. Daran mitzuarbeiten ist eine dankbare Aufgabe des Herrn Ministers Delbrück.

Aus Kreisen unserer Berufskolleginnen!

In unserem Organ wird in letzter Zeit über die Bewegungen der Kollegen gesprochen, aber wenig über die der Kolleginnen und doch sind in diesem Jahre schon gute Fortschritte zu verzeichnen, sowohl in Erfolgen betreffs bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, als auch in der Agitation. Wohl dürfen wir behaupten, daß in diesem Punkte das süd- und mitteldeutsche Gebiet am besten gearbeitet hat.

Zuerst kommt Baden-Baden. Dort reichte unsere Filiale an die ersten Firmen Forderungen ein, die im großen und ganzen bewilligt wurden. In der einen Firma, wo die Kolleginnen in bereits voller Zahl unserem Verbande angeschlossen sind, erreichten wir 20, 30, 40 und 50 Pfg. pro Tag auf die bisherigen Löhne, die anderthalbstündige Mittagspause mit

[illegible] Stande. [illegible] ist [illegible] um zum Leben zu gehen und [illegible] ausbezahlt. Die geforderten [illegible] Ueberstunden wurden durch [illegible] bestehende Prämiensystem ausge[illegible] beträgt 10 Stunden. Lohn[illegible] eingeführt, weil das bisherige [illegible] den Anforderungen entsprichf. Die [illegible] und das Zusammenarbeiten mit der [illegible] gutes bezeichnet werden und [illegible] weiter so bleibt. In einer [illegible] verteilte die oben ange[illegible]. Dort fanden es aber auch [illegible] ihrer Anforderungen nicht für [illegible] damit wir einen [illegible] konnten. Bei einer Ver[illegible] wurde die Mittagspause [illegible] auch Aufbesserung der [illegible] einem Teile der Kollegin[illegible] und hoffen wir, daß bis die [illegible] Hände kommt, es auch bei [illegible]. Sorgen die dortigen Kolle[illegible] Organisation erstarkt und eine [illegible] unter den Kolleginnen selbst [illegible] noch besser werden.

[illegible] haben die Kolleginnen [illegible]. Vor kurzer Zeit wurde [illegible] den dort gemachten Drillichjacken [illegible] Arbeitslohn abgezogen [illegible] die dortige Firma erfahren [illegible] worden [illegible]. Für die ganze Umgebung [illegible] in unserem Ver[illegible] Los besser werden.

[illegible] der Mair Mayerschen Fa[illegible] stehen in Be[illegible] Lohn- und Arbeitsbedingungen [illegible] doch da eine 7½ Jahr tätige [illegible] 3 Mk. [illegible] und die [illegible] Pfg. [illegible] Stunden. Die [illegible] derart, daß ein [illegible] notwendig würde, be[illegible] Keller [illegible] netter Ka[illegible] zu bedienen. An dieser [illegible] der Kolleginnen be[illegible] kommen wir später aus[illegible].

[illegible] zur Organisation! [illegible] es nur nichts. An deren [illegible] Zusammenhang unter uns. [illegible] Kollegen gleich sein, wir sind [illegible] schwerer als alle anderen, wir [illegible] Brot als die Kollegen. [illegible] Hände Arbeit soll entlohnt werden nach [illegible].

Zur Generalversammlung!

Die Beitragsfrage, eine der wichtigsten Punkte unserer [illegible] Generalversammlung, führt schon jetzt [illegible] sehr lebhaften Diskussion in unserem Ver[illegible]. Ich will dazu auch noch einige Worte [illegible]. Die Einführung von Staffelbeiträgen [illegible] des Zentralvorstandes ist in der Theorie [illegible] gut gedacht, aber in der Praxis kaum durch[illegible]. Wer wird die Kontrolle über den Arbeitsverdienst der einzelnen Kollegen ausführen und [illegible] Anzahl unserer Kollegen werden dann [illegible] möglichst in eine niedrige Beitragsstufe [illegible]. Das Schmerzenskind hierbei ist selbstredend [illegible] die Heimarbeit. Der beste Weg zur [illegible] der Beiträge ist immerhin dann noch nach Bezirken und Städten, der aber streng genommen auch nicht immer haltbar ist. In Städten mit höherem Einkommen sind gewöhnlich die Lebensverhältnisse [illegible] als in Orten mit niedrigem Einkommen [illegible] gibt es überall gut und schlecht entlohnte [illegible]. Erhöhen wir den Beitrag nicht allzustark, [illegible] auf 30 Pfg., aber führen wir diesen Beitrag auf der ganzen Linie durch, so werden wir weiter kommen wie mit Staffelbeiträgen. Für ländliche Konfektionsbezirke muß selbstverständlich ein niedrigerer Beitrag bestehen bleiben. Lassen wir die Erhöhung der Beiträge ganz der Zentralkasse zu gute kommen, für die Lokalkasse kann, wenn es angängig ist, immer ein Lokalbeitrag erhoben werden. Gehen wir mit unseren Beiträgen über 30 Pfg. hinaus, so werden wir ohne Staffelbeiträge nicht auskommen, viele Zahlstellen können über 30 Pfg. nicht zahlen. Ich möchte daher vorschlagen, für solche Orte oder Bezirke, in denen unsere Kollegen wirklich ein niederes Einkommen haben, den Beitrag auf 25 oder 30 Pfg. festzusetzen. Wir haben haben dann den Beitrag für weibliche Mitglieder, den für ländliche Konfektionsbezirke und könnte ich einer weiteren Staffelung der Beiträge vorerst nicht das Wort reden.

Die Verlegung der Zentralverwaltung ist mehr vom praktischen Standpunkt als von agitatorischer Seite aus zu betrachten, denn zur direkten Agitation wird niemals eine Zentralverwaltung wesentliches leisten können. Legen wir den Verbandssitz nach Köln oder Düsseldorf, so dürften wir dabei am besten fahren. Hier im Rheinland und Westfalen ist bis heute noch das Herz der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Zahlstellen unseres Verbandes liegen hier nahe zusammen und die Bahnverbindungen sind die denkbar günstigsten, so daß der Zentralvorsitzende außer den Bureauarbeiten noch vieles nebenbei erledigen könnte. Stellen wir an der Zentrale zwei Beamte frei, dann kann das Sekretariat in Köln Westfalen, ohne daß der Bezirk darunter leidet. Weiter kann der Zentralvorstand stets einen Beamten da oder dort hinsenden, wo es nötig ist und Interessen des Verbandes in Frage kommen.

Jetzt noch einige Worte zur Freistellung von Beamten betreffs Agitation. Jeder Bezirk wünscht sich einen Beamten, aber alle Wünsche können nun einmal nicht erfüllt werden. Auf der Generalversammlung werden die Delegierten genau prüfen müssen, wo es not tut mit Anstellung von Beamten und in wie weit es unsere Kasse erlaubt, ohne anderswo zu viel sparen zu müssen. Wenn sich in irgend einem Bezirk anderthalbhundert organisierte Kollegen befinden, so kan dieses immer noch nicht für Freistellung eines Beamten geltend gemacht werden, wenn nicht außerordentliche andere Momente dafür sprechen. Lautes Schreien hilft hier auch nicht. Die Generalversammlung wird das allgemeine Wohl des Verbandes im Auge behalten müssen, jeder Lokalpatriotismus muß ausscheiden, dann wird man allen gerecht werden, so gut es geht.

Essen. **Fritz Günnewig.**

Der Tag der Generalversammlung rückt immer näher, an welchem eine scharfe Debatte über den Punkt „Beitragserhöhung" gehalten wird. Wenn auch ich mir einige Worte zur Diskussion erlaube, so glaube ich, daß 30 Pfg. pro Woche unter Wegfall jeden Extrabeitrages genügen werden. Es ist nicht zu leugnen, daß große Anforderungen an die Zentrale gestellt werden und freigestellte Kollegen notwendig sind, aber man muß auch die kleineren und mittleren Städte berücksichtigen, in denen die Löhne nicht so hoch sind wie in den Großstädten. Wenn man sich in der eigenen Zahlstelle umsieht und betrachtet, wie schwer es gehalten, daß sie ins Leben gekommen, wie schwer es hielt, die Mitglieder zu überzeugen von der Notwendigkeit der Organisation, so kann man sich aber auch nicht verhehlen, daß man bei dem größten Prozentsatz wegen des Beitrages auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Wird jetzt an solche Zahlstellen, die höchstens ein Jahr oder noch kürzere Zeit bestehen, mit Erhöhung der Beiträge herangetreten, so ist ganz bestimmt ein starker Mitgliederverlust sicher. Gar mancher Kollege, der noch nicht ganz fest ist, sagt: „Kaum bin ich beigetreten, so kommt man schon wieder mit höheren Beiträgen, das ist mir zu viel." Und in Wirklichkeit, bei den jetzigen Löhnen in kleinen Städten sind 30 Pfg. auch genug, man muß nur die lange schlechte Zeit rechnen, und die kommt immer wieder. Wie viel Kollegen werden wohl durch den knappen Wochenlohn zu Sonntagskellnern gemacht? Daß da die Arbeit darunter leidet und dieselben nach und nach in der Arbeit zurückgehen, bedarf wohl keiner Erörterung. Mit solchen Verhältnissen müssen wir in Provinzialstädten rechnen. Darum dürfen unter keinen Umständen die Beiträge zu hoch gesetzt werden, damit wir vor allen Dingen keine Mitglieder verlieren. Also, Kollegen, einigt euch am Tage der Generalversammlung auf 30 Pfg. pro Woche, dann glaube ich, ihr werdet bei den meisten Kollegen Befriedigung finden.

Hildesheim. **Offenkopp.**

Zur Beitragsfrage. So mannigfaltig die Diskussion in letzter Zeit in unserem Verbandsorgan sich mit diesem Punkte beschäftigt hat, sehe ich mich doch veranlaßt, die Ansicht der Kollegen des 9. Agitationsbezirks kundzugeben. In der Bezirkskonferenz, die am 10. Juni in Breslau stattfand, wurde auch eingehend dieser Punkt erörtert. Die Kollegen waren sich alle darin eins, daß eine Beitragserhöhung für unseren Bezirk nicht in Betracht kommen könne. Die Vertreter der einzelnen Zahlstellen sprachen sich durchweg für Einführung der Staffelbeiträge aus unter vorläufiger Belassung des wöchentlichen Beitrages von 25 Pfg. für unseren Bezirk. Es wurde zur Begründung erwähnt neben dem Indifferentismus die schlechten Löhne, welche im Osten noch durchweg zu finden sind. Sollte es nun aber durchaus nicht ohne eine Erhöhung abgehen, so dürfte dieselbe sicher nicht mehr als 5 Pfg. wöchentlich betragen. Es würde also dann ein Wochenbeitrag von 30 Pfg. für die Kollegen unseres Bezirks in Betracht kommen. Ein jeder Kollege, welcher die Verhältnisse in unserer Gegend kennt, wird meine Ausführungen zu würdigen wissen. Gilt es doch gerade im Osten Deutschlands der Organisation Eingang zu verschaffen in allen Orten, um die oft noch recht miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse beseitigen zu helfen, und ist es hier ohnehin schwer, die Kollegen zum Beitritt in die Organisation zu bewegen und zwar an erster Stelle wegen der Gleichgiltigkeit, welche noch herrscht, und des mangelnden Verständnisses für die Notwendigkeit der Organisation, dann aber auch wegen der Notlage, in welcher sich die Kollegen befinden durch die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Deshalb auch so vielfach der Ausspruch der Kollegen, es [illegible]. Wenn da jetzt noch die Beiträge erhöht werden, so ist es noch viel schwerer, die Kollegen zu gewinnen. Sagen wir da nicht, nun, wenn sie die höheren Beiträge nicht bezahlen wollen, so [illegible] werden. Haben die Kollegen erst einmal mit Hilfe der Organisation etwas erreicht, dann werden sie auch gern bereit sein, höhere Beiträge [illegible]. Bekannt ist ja die Opferwilligkeit der [illegible] Beziehung, aber hier auf diesem Gebiete [illegible] noch zu sehr an Verständnis und [illegible] diese ist nicht von heute auf morgen [illegible] gebracht. Auch spielt die [illegible] ebenfalls in eine [illegible] große Rolle. Die [illegible]

[illegible] wähnte ich oben und da komme ich zum Punkt Freistellung eines Kollegen in der Agitation für den Osten Deutschlands. Da werden vielleicht Stimmen laut aus den Kollegenkreisen anderer Gegenden, die sagen, mit der Beitragserhöhung soll man sie verschonen, aber eine freigestellte Kraft wollen sie haben. Nun, darauf stelle ich folgende Frage: Was ist vorteilhafter für unseren Verband, die Beiträge für unseren Bezirk zu erhöhen und die Organisation zurückgehen sehen, oder eine freigestellte Kraft für den ganzen Osten, welche [illegible] imstande ist, Hunderte von Kollegen dem Verbande zuzuführen, und uns mit der Beitragserhöhung vorläufig zu verschonen, oder doch wenigstens nicht mehr als 5 Pfg. pro Woche zu erhöhen? Nun, ich meine, ein jeder für die Ausbreitung unserer Organisation im Osten Deutschlands bedachte Kollege wird wohl letzteres für vorteilhafter halten. Ich bin auch davon überzeugt, daß wohl alle Kollegen unseres Verbandes für die Ausbreitung desselben im Osten Deutschlands sein werden.

Bergmann.

In der letzten Nummer unseres Organs sind schon verschiedene Kollegen für die geplante Erhöhung der Beiträge eingetreten. Daß eine Erhöhung der Beiträge notwendig ist, das ist schon zur Genüge besprochen worden. Ich will nur kurz darzulegen versuchen, daß erstens nach meiner Ansicht eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pfg., also auf 30 Pfg., uns so gut wie gar keine Möglichkeit gibt, den Anforderungen, die an unseren Verband hinsichtlich der Agitation und des Unterstützungswesens gestellt werden, einigermaßen gerecht zu werden und muß ich Koll. Fridolin beistimmen, wenn er schreibt, daß er es nicht verstehen kann, daß führende Kollegen mit solchen Vorschlägen hervortreten. Nach meiner Meinung ist eine Erhöhung der Beiträge auf 35 Pfg. nicht zu umgehen. Betrachten wir uns einmal die Verhältnisse. Der Osten soll und muß eine freigestellte Kraft bekommen, denn im Osten ist noch ein sehr großes Feld zu bearbeiten und für den Norden muß auch gesorgt werden. Daß für den Süden, wenn die Zentrale nach [illegible] verlegt werden sollte, ein Kollege freigestellt werden muß, ist wohl selbstverständlich. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, der Metropole des [illegible] Lebens, ist noch sehr viel für unseren Verband zu holen und ist es auch dort notwendig, eine Kraft freizustellen. Dann muß, um der großen Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe einigermaßen zu steuern, die in Aussicht gestellte Arbeitslosenunterstützung baldigst eingeführt werden. Alles in allem ist eine Erhöhung der Beiträge auf mindestens 35 Pfg. notwendig und auch durchführbar als Staffelbeiträge. Denn die Staffelbeiträge würden, wie schon in Nr. 12 ausgeführt wurde, zu einer Ueberbürdung der Ortskassierer führen und fortwährende Reibereien zwischen den einzelnen Mitgliedern sowohl als auch zwischen den verschiedenen Zahlstellen und Bezirken nach sich ziehen. Wenn es daher eben möglich ist, so bin ich dafür, daß Staffelbeiträge vermieden werden. Im Interesse unseres Verbandes liegt es, wenn ich sage, möglichst einheitliche und hohe Beiträge führen und auch in schweren Zeiten gute und sichere Unterstützungen.

Josef Demer.

In letzter Nummer unseres Verbandsorgans wurden die Anträge zur Generalversammlung bekannt gegeben, die aber zum Teil nicht geeignet erscheinen, den vielen Wünschen nach Erhöhung der Unterstützungen und einer besseren Agitation ohne Gefährdung des finanziellen Gleichgewichtes zu entsprechen. Vor allem sind es die Anträge auf [illegible] da ist es kaum glaublich, daß große Zahlstellen und ganze Bezirke eine Erhöhung um ganze 5 Pfg. in Vorschlag bringen.

„Fridolin" und „[illegible]" führten in der letzten Nummer ein [illegible] über diesen Punkt, [illegible]

[illegible]

[illegible] 40 Pfg. Beitrag. Hier zeigt es sich, daß dort, wo der Wille vorhanden und durch die nötige Aufklärung die Notwendigkeit erkannt wird, auch der höhere Beitrag recht gerne bezahlt wird. Der Verband christlicher Bäcker und Konditoren erhöhte auf seiner letzten Generalversammlung seinen Beitrag von 30 auf 40 Pfg. und nur mit einer Stimme Mehrheit wurde der 50 Pfg.-Beitrag abgelehnt. Haben die Schneider ein schlechteres Einkommen als die Bäcker? Ich meine, was dort möglich ist, ist bei uns nicht unmöglich. Die Erfahrung mit der Erhöhung der Beiträge hatte bisher stets gute Erfolge aufzuweisen. Das Aufklären der Mitglieder, vor allem aber die Einführung des Vertrauensmännersystems muß besser wie bisher ausgebaut werden, dann ist ein Mitgliederrückgang nicht zu befürchten. Am wenigsten hätte ich vom Kollegen Nolte ein Eintreten für eine Erhöhung von nur 5 Pfg. erwartet. Gerade der Satz in seinem Artikel: „Die Kämpfe der letzten Jahre haben es unseren Mitgliedern mehr als zur Genüge gezeigt, daß der Verband nur dann, wenn er über genügende Geldmittel verfügt, in der Lage ist, seiner Aufgabe voll und ganz gerecht zu werden," zeigt, daß 5 Pfg. nicht genügend sind, wenn wir an die großen Aufgaben denken, welche wir schon in der allernächsten Zeit vor uns haben, es muß doch gerade die ganze Kraft auf diejenigen gerichtet werden, die noch unter den elendesten Verhältnissen leben.

Dann liegen Anträge vor, daß größeren Zahlstelle wie z. B. Köln zur Anstellung von Lokalbeamten Zuschüsse aus der Hauptkasse gewährt werden sollen. Dann müssen aber auch andere Beiträge in die Kasse fließen als dies durch die 5 Pfg. geschehen würde. Ferners werden in Punkto Freistellung von Kräften vom Norden gesagt, „daß man diesmal mehr schreien werde als sonst". Ja gewiß habt ihr recht, aber dann hättet ihr zuerst in der Frage der Beitragsleistung recht fest und laut schreien sollen, dann wäre euch das zweite Schreien zum großen Teil erspart geblieben. Ich hoffe und erwarte, daß die Delegierten sich von dem Ausblick auf unsere nächsten Aufgaben leiten lassen und der Erhöhung der Beiträge auf 40 Pfg. zustimmen event. den Staffelbeitrag annehmen, daß für kleinere Orte der Beitrag 35 Pfg., für Konfektionsschneider 25 Pfg. und für weibliche Mitglieder 15 Pfg. mit der Erhöhung auf 20 Pfg. nach erfolgreichen Lohnbewegungen beträgt. Kollegen! fort mit allen engherzigen Anschauungen. Nur durch die Opferwilligkeit des einzelnen wird der Verband für uns ein wirtschaftlicher Faktor werden und dazu sind uns durch die Kämpfe der letzten Jahre die Wege geebnet. Nützen wir sie richtig aus und sorgen wir dafür, daß auf der Generalversammlung eine frische Wendung zutage tritt.

Groß.

Es kann der Beste nicht im Frieden leben, Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt!

Dieses Motto widmet uns in Nummer 20 der „Fachzeitung für Schneider" der Kollege Gr. vom freien Schneider-Verband in einer Erwiderung auf unsere Feststellung in Nr. 9 unseres Verbandsorgans in Bezug auf die Lohnbewegung im verflossenen Frühjahr in Essen. Der Kollege Gr. sucht dadurch den Anschein zu erwecken, als ob wir die Störenfriede gewesen seien. Dem gegenüber steht fest, daß der freie Verband kurz vor der Bewegung einen Beschluß seiner Mitgliederversammlung in der Fachzeitung veröffentlichte und denselben in Nr. 10 desselben Organs bestätigt, nach welchem der christliche Verband bei der Erneuerung der Tarife ausgeschaltet werden sollte. Außerdem wurden mit der Veröffentlichung dieses Beschlusses schwere Angriffe auf unseren Verband unternommen. Wenn auch die Macht der Verhältnisse den freien Verband gezwungen hat, anders zu handeln als wie er beschlossen, so hebt dieses die Tatsachen nicht auf. Wenn wir mit der Erwiderung auf diese Anrempelung gewartet haben bis nach der Bewegung, so geschah dies [illegible] im Interesse der Allgemeinheit. Da der Bericht der Fachzeitung [illegible] die Tatsachen auf den Kopf stellt, sind wir [illegible] nochmals auf die [illegible] der diesjährigen Bewegung zurückzukommen. Der Grundsatz des [illegible] Kontakts: [illegible]

[illegible]

die Einzelheiten einzugehen. Es scheint aber, daß der Kollege Gr. gut tät, wenn er ab und zu sein Gedächtnis einmal auffrischen würde. Wir möchten ihm deshalb raten, seine Verbandskollegen in Düsseldorf, Elberfeld, Gelsenkirchen und noch verschiedenen anderen Städten einmal zu fragen, warum daß sie den Generalstreik nicht mitgemacht haben, also nach seiner Ansicht ihnen in den Rücken gefallen sind. Ferner möge er sich einmal erkundigen, warum der freie Verband in Dortmund nach dreitägigem Generalstreik die Arbeit wieder aufgenommen hat, noch bevor Essen in denselben eingetreten war. Hoffentlich hat er nicht auch das Pech, unverrichteter Sache von Dortmund zurückkehren zu müssen, weil er den Verband nicht finden kann, wie es damals dem Gauleiter des freien Verbandes, Kollegen Fulst, gegangen ist. Diesen Bären seinen „denkenden" Verbandskollegen aufzubinden, erlaubte sich nämlich Kollege Fulst zur Zeit des Generalstreiks in einer öffentlichen Versammlung in Essen. Interessant ist auch, daß nach einem Bericht im verflossenen Jahre in der Fachzeitung 11 Kollegen aus unserem Verband in den freien übergetreten sind, während es nach dem neuesten Bericht nur noch 10 sind. In Wirklichkeit waren es 4 Kollegen, welche sich durch die infame Hetze des freien Verbandes irre machen ließen, von denen jetzt noch 2 demselben angehören. Den Totensarg, den uns damals der freie Verband bestellte, haben wir bis jetzt noch nicht in Anspruch zu nehmen brauchen. Haben wir doch im letzten Jahre einen Zuwachs von mehr als 10 Prozent zu verzeichnen, darunter auch verschiedene Kollegen, welche vom freien Verbande zu uns übergetreten sind. Eitel Flunkerei ist es ferner, wenn in dem Artikel behauptet wird, unsererseits sei bei der diesjährigen Lohnbewegung die feste Zusicherung gegeben worden, die Forderungen des freien Verbandes geschlossen mit demselben zu vertreten und dergl. m. Ob der Artikelschreiber wirklich so veranlagt ist, daß sich solche Hirngespinste in seinem Kopfe einwurzeln können? Wir haben bis jetzt überall da, wo wir mit dem freien Verband eine Lohnbewegung gemeinsam geführt haben, verlangt, daß wir, wenn wir mit ihnen raten sollen, auch mit ihnen raten wollen und dieses haben wir auch in Essen durchgesetzt. Schon der Umstand, daß an den Kommissionssitzungen gewöhnlich 3, auch mitunter 5 und 6 Kollegen unsererseits teilgenommen haben und daß die Kommission, die mit den Arbeitgebern verhandelte, sich aus 5 Kollegen des freien Verbandes, 3 des christlichen Verbandes und 1 Kollegen des Gewerkvereins Hirsch-Duncker zusammensetzte, straft den Kollegen Gr. Lüge, da er schreibt, daß schließlich eine Verständigung dahingehend erzielt wurde, daß uns 1 oder 2 Kollegen in der Lohnkommission eingeräumt wurden. Deshalb, Koll. Gr., recht hübsch bei der Wahrheit geblieben, auch wenn man mal der Öffentlichkeit gegenüber den kleinen Gernegroß spielen möchte. Im letzten Teile des Artikels geht alsdann der Einsender näher auf unsern Bericht aus Essen ein. Freiwillig oder unfreiwillig widerfährt ihm da das Geschick, unsere Ausführungen im wesentlichen zu bestätigen. Die Schlappe, die der freie Verband sich bei der Bewegung geholt hat, sucht er dadurch zu überkleistern, daß er sich in nichtsnutzigen Verdächtigungen unseres Verbandes ergibt. Wir haben durchaus kein Interesse daran, die Kollegen des freien Verbandes bei den Unternehmern anzukreiden, wie es in dem angeführten Berichte heißt. Dies wäre auch ein ganz überflüssiges Beginnen gewesen, da den Arbeitgebern die von uns angeführten Tatsachen längst bekannt waren. Ruhig und sachlich haben wir die gemachten Fehler kritisiert und uns von dem Gedanken leiten lassen, die Kritik möge dazu dienen, daß bei einer event. späteren gemeinschaftlichen Aktion derartige Fehler vermieden werden. Wir hätten aber das Geschrei hören mögen, wenn auf unserer Seite diese Böcke gemacht worden wären. Allerlei Kosenamen wie „Unternehmerfreunde", „Handlanger des Unternehmertums", „Verrat an der Arbeitersache", „Kriechen vor dem Unternehmer auf dem Bauch" und dergl. m. hätten sicher mit einander gewetteifert. Wir fragen nochmals: War es nötig, daß dem Arbeitgeberverband der Ausbruch des Streiks offiziell bekannt gegeben wurde? Wußte nicht auch der Arbeitgeberverband, daß am gleichen Tage die Kündigung abgelaufen war? Sahen nicht die Arbeitgeber, daß der Streik ausgebrochen war, weil die Leute nicht zur Arbeit kamen? Auf alle Fälle war es unserer Sache nicht förderlich, daß den Arbeitgebern schon am ersten Tage des Streiks gezeigt wurde, daß die Arbeiter kein starkes Rückgrat hatten. In dem Bericht wird ferner behauptet, die entrüsteten Kollegen vom christlichen Verband hätten nichts gegen diese Machenschaften einzuwenden gehabt. Tatsache ist, daß Schreiber dieser Zeilen in der vom Koll. Gr. angedeuteten Kommissionssitzung gegen einen derartigen Kuddelmuddel, wie er vom freien Verband getrieben wurde, protestiert hat. Den Gipfel der Verlogenheit erklimmt jedoch Koll. Gr., als er behauptet, die Kasse des christlichen Verbandes sei finanziell so gut fundiert gewesen, daß er bei Ausbruch des Streiks gleich Sammellisten ausgab. Auch nicht einen Schatten des Beweises kann Koll. Gr. für diese boshafte Lüge vorbringen. Wir haben nicht nur keine Sammellisten ausgegeben, sondern auch nicht einmal selbst solche in Händen gehabt. Wir hatten dieses vorab auch noch gar nicht notwendig gehabt, da wir unseren streikenden Mitgliedern nicht nur die ihnen [illegible] Streikunterstützung gezahlt haben, sondern in Anbetracht der teuren Lebenshaltung hier am Ort einen Zuschuß aus der Lokalkasse von 15 Pfg. pro Tag. Die „glaubwürdige Seite" des Artikelschreibers scheint ihn hier wieder einmal schwer hinters Licht geführt zu haben. Weiterhin wird alsdann behauptet, unsererseits seien bloß sechs bis sieben Mann dem gemeinschaftlichen Streikbureau zur Verfügung gestellt worden und daran die Frage geknüpft: Wo blieben die anderen oder wo waren die Streikenden alle? Auch diese Behauptung bedeutet nichts anderes als eine böswillige Verdrehung der Tatsachen lediglich zu dem Zweck, die ganze Bewegung möglichst für sich in Anspruch nehmen zu können. Zunächst verschweigt der Artikelschreiber, daß das gemeinsame Streikbureau für uns nur insoweit in Betracht kam, daß von dort aus die Streikposten besetzt wurden, während wir auf unserem eigenen Streikbureau unsere sonstigen Angelegenheiten regelten (Kontrolle der streikenden Mitglieder, der in Arbeit stehenden in Bezug auf Anfertigung von Streikarbeit, Arbeitsnachweis und dergl. m.). Trotzdem waren auf dem gemeinsamen Streikbureau nicht sechs bis sieben Kollegen zur Verfügung gestellt, sondern durchschnittlich 11 bis 15. Die übrigen Kollegen, die im Streik standen, wurden für die oben erwähnten Arbeiten herangezogen. Die Zahl der Streikenden nochmals dem Koll. Gr. vor Augen zu führen, dürfte sich eigentlich erübrigen, da demselben die Liste unserer streikenden Mitglieder vorgelegen hat. Damit er dieselbe jedoch nicht wieder vergesse, lassen wir sie hier folgen. Es standen im Streik vom freien Verband und vom Gewerkverein Hirsch-Duncker zusammen 91 Kollegen, von unserem Verbande 44 Kollegen. Waren von diesen auf jener Seite verhältnismäßig so viel Kollegen zur Verfügung gewesen wie von uns, so hätten die ganze Arbeit nicht in den Händen so weniger gelegen. „Es ist nichts so dumm, es findet doch sein gläubig Publikum" dieser Satz hat auch noch in unserem aufgeklärten zwanzigsten Jahrhundert seine Berechtigung. Als blühenden Unsinn kann man es nämlich bezeichnen, wenn in dem Artikel mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß der Berichtschreiber des christlichen Verbandes sich von dem christlichen Gewerkschaftskartell habe bevormunden lassen. Begründet wird dieses wie folgt: „Das christliche Gewerkschaftskartell hat dieses Frühjahr anläßlich eines Konfliktes des Malerverbandes und der christlichen Organisation dieses Berufes sämtliche christliche Gewerkschaften verpflichtet, bevor sie in eine Bewegung einträten, zuerst die Genehmigung des christlichen Kartells einzuholen. Nun wird diesem die Einigkeit unter den Schneidern beim Lohnkampf nicht in den Kram passen, deshalb muß zur Zersplitterung gehetzt werden." Man sollte doch eigentlich glauben, daß ein Kollege, der sich auch nur halbwegs die elementarsten Kenntnisse einer Gewerkschaft angeeignet hat, wissen muß, daß die Entscheidung darüber, ob ein Verband in eine Lohnbewegung, event. in einen Streik eintreten kann, einzig und allein der in Frage kommende Verband, resp. der Hauptvorstand desselben zu treffen hat, weil doch auch dieser für die nötigen Mittel sorgen muß. Ein derartiger Beschluß kann und wird deshalb auch niemals von einem christlichen Gewerkschaftskartell gefaßt werden. Sich in dieser Weise bevormunden zu lassen, wie es beispielsweise bei den freien Gewerkschaften durch die Sozialdemokratie geschieht, überlassen wir ganz ruhig den „Freien". Mag der freie Verband uns auch zu verkleinern suchen, mag er mit den schäbigsten Mitteln gegen uns kämpfen, wir werden deshalb unsere Wege ruhig weiter wandeln. Unsere Reihen werden dadurch nur gestärkt werden.

H. Wulien

Situations-Bericht aus dem 9. Agitations-Bezirk.

Aus Anlaß der am 10. Juni in Breslau stattgefundenen Bezirkskonferenz halte ich es für angebracht, einen kurzen Bericht über die Fortschritte, welche unser Verband innerhalb dieses Bezirkes zu verzeichnen hat, zu erstatten. Als im Vorjahre der 9. Agitationsbezirk gegründet und mir das Amt des Bezirksleiters von der Zentrale übertragen wurde, bestanden die Zahlstellen Leipzig, Dresden und Breslau. Auch bestand eine Vertrauensmannschaft in Görlitz, welche inzwischen eingegangen ist. Es wurden alsdann neu gegründet die Zahlstellen Kattowitz, Beuthen O.-Schl., Neisse, Liegnitz, Gleiwitz und Oberglogau. Leider ist die Zahlstelle Beuthen wieder eingegangen. Schuld daran trägt der Indifferentismus, welcher unter den Kollegen dieser Stadt noch vorherrscht, wie auch der Druck, welcher in dieser Hinsicht von Seiten der Arbeitgeber ausgeübt wird. Es wird aber auch dort später wieder möglich sein, eine Zahlstelle ins Leben zu rufen. Noch ein Schmerzenskind haben wir in unserem Bezirk. Es ist das die Zahlstelle Neisse. Auch dort ist es der Indifferentismus und der Druck, welcher von Seiten der Arbeitgeber auf die Kollegen ausgeübt wird, welcher Schuld daran trägt, daß sich die Zahlstelle nicht in die Höhe rafft. Dagegen hat sich Kattowitz emporgeschwungen und zählt zur Zeit fast 100 Mitglieder. Auch Breslau könnte einen größeren Fortschritt zu verzeichnen haben, wenn nicht die „Berliner Fachabteilungsschwärmer" ihre unverantwortliche Zersplitterungsarbeit betrieben und anderseits die Gleichgiltigkeit unter den Kollegen Breslaus noch so vorherrschend wäre. Es zählt Breslau nahe an 50 Mitglieder. Die beiden Zahlstellen Dresden und Leipzig haben einen schweren Standpunkt mitten im sozialdemokratischen Sachsenlande, dennoch aber halten sie sich aufrecht und sind bestrebt, durchzubringen mit ihren christlichen Grundsätzen, welche

[illegible] wegen d[illegible] Marburg [illegible] zu kämpfen. Nach [illegible] von entgegengesetzter Seite trägt [illegible] Gewerkschaften in [illegible] gezeigt haben. Was [illegible] arbeiten, so stehen dieselben [illegible] und geben zu hohen Hoff[illegible] und streiten und werden [illegible] in Kolberg. [illegible] Liegnitz, Schweidnitz und [illegible] Arbeiter nicht außerdem [illegible] so wird es klar, wie das Be[illegible] unseres Be[illegible] unseres Ver[illegible] aller Zahl[illegible] aber an dieser Stelle [illegible] Agitationskommission, indem er [illegible] für unsere Betrieb[illegible] ein Agitator

Bergmann

Verbandsnachrichten.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 25. Wochenbeitrag fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Der heutigen Zeitungssendung liegen die **Abrechnungsformulare des 2. Quartals bei. Abrechnen** müssen auch jene **Zahlstellen**, die erst **im Laufe des** Quartals gegründet wurden. Um zur **bevorstehenden** Generalversammlung den **Rechnungsabschluß** rechtzeitig fertigstellen zu können, **müssen die Abrechnungen** möglichst bis zum 15. Juli eingesandt **werden. Um** jede Verzögerung hintanzuhalten, **ersuchen wir, Geld und Abrechnungsformulare an den Kassier Alois Bermann**, [illegible]straße 21, **einzusenden.**

Aus dem Verbande ausgeschlossen ist das Mitglied [illegible] Buchland [illegible] Danzig.

Anträge

[illegible] sandten noch ein:

Bochum: [illegible] Verbandes nach dem [illegible] zu verlegen.

Zu § 2 [illegible]

Bochum: [illegible] Mitglieder [illegible]

Danzig und Hildesheim. Den Beitrag auf 30 Pfg. [illegible]

Reichenhall: Den Beitrag auf [illegible] Pfg. unter Wegfall der [illegible] erhöhen.

Zu § 16.

Bochum: [illegible] folgende Zusatz erhalten. [illegible] in der Zentral[illegible] das Verzeichnis der Vorsitzenden der Zahlstellen [illegible] die Reiseunterstützung aus[illegible] Zahlstellen [illegible]

Zu § 17.

Bochum: [illegible] Lokalkassen soll statt wie bisher [illegible] 15 Prozent betragen.

Agitation.

Danzig: [illegible] fest angestellten Beamten [illegible] in Danzig resp. Gewah[illegible] der Bezirksleitung von [illegible] eine Lokalbeamten.

Verbandsorgan.

Reichenhall: Das Verbandsorgan soll wöchentlich erscheinen.

Da die [illegible] eingelaufen, können sie nur [illegible] Generalversammlung zur Beratung [illegible]

An die Zahlstellen des 9. Agitationsbezirks.

In der am Sonntag den 10. Juni stattgehabten Bezirkskonferenz, in welcher vertreten waren die Zahlstellen Breslau, Dresden, Leipzig, Liegnitz und Oberglogau, gingen aus der Vorstandswahl **hervor: Koll.** Bergmann, Breslau, **als** Vorsitzender, **Koll.** Kreuzinger, Breslau, **als** Kassier. Als Kassenrevisoren gelten die Revisoren der Zahlstelle Breslau. Den einzelnen Zahlstellen geht die Geschäftsordnung **der Agitationskommission** zu und ist dieselbe **alsdann** laut Anhang des Statuts, § 4 für die Zahlstellen und Vertrauensmannschaften bindend.

J. A.: Heinrich Bergmann, Bezirksvorsitzender.

Zehn Verbandskolleginnen gemaßregelt. Bei der Firma Polak in Freiburg i. Br., der gleichen, mit welcher unsere Zahlstelle erst vor kurzem einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, wurde am 16. Juni den 10 organisierten Arbeiterinnen, die alle unserem Verbande angehören, gekündigt. Angebahnte Verhandlungen, um die Kündigung rückgängig zu machen, hatten keinen Erfolg. Obwohl Herr Polak erklärte, daß die Kündigungen mit der Organisation nichts zu tun haben, er wolle nur andere Arbeiterinnen, gleichviel, ob sie organisiert oder nicht seien, sind wir doch der Meinung, daß er letztere bei der Ausmusterung bevorzugen wird, um den Tarif nicht einhalten zu müssen. Näherer Bericht folgt.

Völlersbach. In unserer am 10. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde die definitive Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Adolf Ochs als Vorsitzender, Josef Anton Benz als Kassier und Ed. Wanderer als Schriftführer. Leider war die Versammlung schlecht besucht und doch liegt es im eigenen Interesse jedes einzelnen, daß er nicht nur der Organisation angehört, sondern sich in der Versammlung die so nötige Aufklärung verschafft, die heute mehr denn je nötig ist. Hinweg mit dem verderblichen Stumpfsinn und dem falschen Schein, wir haben alle gemeinsame Interessen, betrachten wir uns deshalb alle als Kollegen und Kolleginnen und zeigen wir, daß ein jeder noch christliche Nächstenliebe besitzt. Die nächste Versammlung findet am 1. Juli im Gasthaus zum Engel statt. Wegen Quartalsschluß vollzähliges Erscheinen und das Mitbringen der Mitgliederbücher nötig.

Reichenhall. Wir freuen uns, melden zu können, daß unsere Zahlstelle auch wieder in Tätigkeit getreten ist. So waren wir in der Lage, am 5. Juni unsere Hauptversammlung, verbunden mit Vorstandswahl abzuhalten, welche folgendes Resultat ergab: Vorsitzender Hermann Schöttelbreier, Kassier Alois Zechler, Schriftführer Max Schlusche. Leider können wir hier in unserem Saisonorte nicht wie die übrigen Zahlstellen anfangs des Jahres unserer Pflicht nachkommen, indem im Winter unsere Zahlstelle oft bis auf den letzten Mann zurückgeht. Auch ist zu bedauern, daß unsere Mitgliedschaft jetzt in der Hochsaison nicht die Stufe erreicht, die sie erreichen könnte. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß trotz unserem eifrigen Bemühen die Kollegen in den benachbarten Städten so wenig informiert sind, daß hier die Saison beginnt, wenn sie in anderen Städten beendet ist, und die Kollegen dann lieber auf die Reise gehen, als hierher kommen und Arbeit annehmen, um unsere Sache zu unterstützen. Daß die Freien so gut vertreten sind, liegt daran, daß diese ihre Leute meist aus dem benachbarten Oesterreich bekommen, die alle in dem freien Verband und für uns nicht zu haben sind. Wir stellen deshalb an alle Kollegen das freundliche Ersuchen, sich für Reichenhall und Berchtesgaden, weil heuer schon zu spät, so doch für das nächste Jahr früh genug bei unserer Zahlstelle, Peter und Paulgasse Nr. 2, zu erkundigen, wie die Geschäftsverhältnisse stehen, um dann wenigstens das nächste Jahr das Versäumte nachzuholen.

Hildesheim. Ein Jahr ist verflossen seit Gründung unserer Zahlstelle, ein Feld reicher Arbeit liegt hinter uns, welches nicht ohne Erfolg geblieben ist. Die Lohnverhältnisse waren hier recht im argen, es wurde ein willkürlicher Lohnsatz gezahlt ganz nach Belieben der Geschäftsinhaber, bestanden doch ungefähr 10—15 Lohnklassen. Im Jahre 1900 wurde vom freien Verband eine Lohnbewegung angeregt, welche aber im Sande verlief, da derselbe nicht stark genug war. Da nun auch eine christliche Organisation sich gebildet hatte, so traten denn die Freien dieses Frühjahr an uns heran, ob wir uns an einer Lohnbewegung beteiligen wollten. Da die Verhältnisse es erforderten, so wurde in einer Versammlung einstimmig beschlossen, daß wir mit den Freien einig vorgehen wollten. So trat denn im Januar ein Ausschuß von Kollegen, von unserem wie vom freien Verband, zusammen zwecks Ausarbeitung eines Lohntarifs. Es wurde ein Tarif ausgearbeitet und derselbe Mitte Februar den Geschäftsinhabern und Meistern zugestellt. Nunmehr wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, zwei vom christlichen und drei vom freien Verband, welche die Forderungen und Wünsche der Schneiderinnung, die auch ihrerseits eine Kommission von sieben Mitglieder gewählt hatte, klarlegen sollte. Es wurden mehrere Kommissionssitz-wurde von der Kommission der Arbeitgeber ein Tarif ungen abgehalten; die ersten verliefen sehr flau und vorgelegt, welcher eher eine Erniedrigung als eine Erhöhung der Löhne gebracht hätte. In der nun einberufenen öffentlichen Versammlung, welche sehr erregt verlief, war ein großer Teil der Kollegen der Ansicht, die Kündigung einzureichen; in letzter Stunde wurde aber beschlossen, noch einmal eine Einigung zu versuchen. Unsere Forderungen waren 5—10 Prozent Aufschlag, Bezahlung der zweiten Anproben und Extraarbeiten sowie ein Stundenlohn von 35 Pfg. und wöchentliche Lohnzahlung. In den nächsten Kommissionssitzungen wurde der Tarif bis auf einzelne Kleinigkeiten anerkannt und es erfolgte vom 1. April an die erhöhte Lohnzahlung. So kann man sehen, was ein Zusammenschluß vermag, ist es auch nicht viel, so ist doch das wichtigste, daß wir einen festen Tarif errungen haben, was für Hildesheim die Hauptsache war, und wir können sagen, daß das nur möglich war durch unsere Organisation, obwohl sich die Freien die Hauptrolle zuschreiben. Wir aber wissen, wo die Kraft des Gelingens lag. Als am 3. Juli 1905 kurz nach Gründung unserer Zahlstelle wir die erste öffentliche Versammlung abhielten, waren auch Mitglieder des freien Verbandes erschienen, um uns klar zu machen, daß der christliche Verband nicht nötig sei, da sie doch die Oberhand hätten, und sprachen uns jede Existenzberechtigung ab. Bei der diesjährigen Lohnbewegung hat es sich aber gezeigt, daß man die Christlichen doch notwendig hat, denn in der letzten öffentlichen Versammlung haben selbst Mitglieder des freien Verbandes anerkannt, daß die Christlichen ihr Teil ganz und voll dazu beigetragen, damit die Lohnbewegung zu einem guten Ende geführt wurde. Trotzdem mußte der Herr Kassier von den Freien, nachdem er den Christlichen seine Anerkennung ausgesprochen hatte, doch die Aufforderung erlassen, die Christlichen möchten dem freien Verbande sich anschließen. Als Grund führte er den kostenlosen Beitritt an. Kommentar überflüssig.

Stuttgart. In der Versammlung am 13. Juni nahmen die Kollegen nach einem eingehenden und klarlegenden Referat des Kollegen Steinhauser Stellung zur Beitrags- und Unterstützungsfrage. Ersterer rief eine lebhafte Debatte hervor, da die Beiträge staffelweise einzuführen wären, was aber wohl mit den größten Schwierigkeiten für den Kassier sowie auch für den ganzen Betrieb verbunden wäre. Wohl würden die jungen Kollegen entlastet, obwohl gerade diese durch Reiseunterstützung mehr Nutzen vom Verbande haben als die älteren, oft größere Familien ernährenden Kollegen, die schon jahrelang dem Verbande ihr Geld und auch ihre Kraft gewidmet haben. Auch die Einteilung des Zentralvorstandes in Nr. 12 der Schneiderzeitung halten wir nicht für gerecht und wünschen, falls Staffelbeiträge eingeführt werden sollten, folgende Einteilung: 1. Klasse 25 Pfg., 2. Klasse 30 Pfg., 3. Klasse 35 Pfg., 4. Klasse 40 Pfg. Am einfachsten und besten halten wir den Einheitsbeitrag, welcher auf 35 Pfg. zu erhöhen ist, dazu für Oktober und April einen Extrabeitrag von 35 Pfg. und Wegfall der lästigen Sammellisten. Den Beitrag auf 40 Pfg. pro Woche zu erhöhen, halten die Kollegen für undurchführbar, da der Abstand auf einmal zu groß ist. Hätte die letzte Generalversammlung denselben auf 30 Pfg. anstatt auf 25 Pfg. festgesetzt, so wäre es jetzt ein leichtes, denselben um 10 Pfg. zu erhöhen, brauchen könnten wir es, das haben die letzten zwei Jahre gezeigt. So aber würde die Erhöhung zu groß, obwohl wir nicht befürchten, daß dadurch ein Mitgliederverlust eintreten würde. Das beweisen andere christliche Verbände. Im Gegenteil, je höher der Beitrag, desto höher die Mittel und um so größer der Nutzen. Auch sollen die Unterstützungen geregelt werden, wobei besonders auf Streik- und Krankenunterstützung Bedacht zu nehmen ist. (Das ist bis zur höchsten Grenze geschehen. D. R.) Und nicht zuletzt darf die Agitation vergessen werden. Die Kollegen wünschen, daß mindestens zwei Beamte angestellt sind, einer für den Süden und einer für Norddeutschland, so daß es besonders am Ausbau unseres Verbandes nicht fehle. Möge deshalb in den nächsten Wochen jeder Kollege, ob alt oder jung, dahin wirken, daß die Delegierten zum Verbandstag gut unterrichtet und vom besten Eifer und Geiste zum Wohle eines jeden einzelnen sowie zum besten des Verbandes beseelt sind, damit vom Verbandstag neues Leben und guter Geist unsere gerechte Sache durchströmt.

Oldenburg. In der heutigen Mitgliederversammlung, welche ziemlich gut besucht war, stand auf der Tagesordnung Delegiertenwahl und Vortrag des Kollegen Lechleiter. Bei der Wahl eines Delegierten fielen alle Stimmen bis auf drei, welche sich zersplitterten, auf unseren Bezirksvorsitzenden. Hierauf erhielt Kollege Lechleiter das Wort zu seinem Vortrag über die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen in Oldenburg. Redner führte ungefähr folgendes aus: Betrachten wir einmal näher, wie sich die Angehörigen anderer Berufe in Oldenburg eine bessere Lebenslage zu verschaffen suchen, so kommen wir zu der Frage: Wie sieht es denn in unserem Berufe aus? Welche Löhne stehen den geforderten Leistungen gegenüber in Verbindung mit der langen Arbeitszeit? Die Antwort ist leicht gegeben in dem einen Wort „verbesserungsbedürftig". Legen wir als durchschnittliches Einkommen eines verheirateten Kollegen 8—900 Mk. fest, so müssen wir sagen, es reicht nicht aus, um auch nur annähernd eine Familie mit 4—6 Köpfen rechtschaffen ernähren zu können. Zudem haben die Lebensmittelpreise und Mieten eine Steigerung erfahren, so daß in unserem Haushaltungsbudget ein Defizit zu verzeichnen ist. Um dieses Defizit wieder auszugleichen, muß die Frau, ja selbst die Kinder müssen mit herangezogen werden zur Lohnarbeit, um das knappe Einkommen des Vaters vermehren zu helfen, soll die Familie nicht ganz und gar der Unterernährung anheimfallen. Für uns hat also das schöne Dichterwort in Schillers Glocke: „Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau!" nur noch den Klang vergangener Zeiten. Durch die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird eben die Mutter den häuslichen Pflichten entrissen, die Erziehung der Kinder wird dadurch vernachlässigt, weil sie eben auf den Mitverdienst angewiesen ist. Daß die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse keine allzu rosigen sind, hat selbst ein einsichtiger hiesiger Meister öffentlich konstatiert. Es wurde vor einiger Zeit hier versucht, eine Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes zu gründen und bei dieser Gelegenheit erklärte ein Meister folgendes: „Die hiesigen Lohnverhältnisse sind nicht dergestalt, daß eine Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes notwendig erscheint. [illegible] abgegeben werden, so muß es doch [illegible] digsten und indifferentesten Kollegen [illegible] mit fester Hand in [illegible] den muß. Wie kann es da [illegible] noch Kollegen gibt, [illegible] Organisation zu haben sind, [illegible] und [illegible] Strohhalm. Haben wir [illegible] Tatsache zu verzeichnen, [illegible] eigenen Tarif [illegible] sehr viel zu wünschen [illegible] Lage verschaffen, müssen wir [illegible] zur Organisation [illegible]

Opfersinn betätigen und die Versammlungen fleißig besuchen. Denn es ist uns keine andere Waffe gegeben, unsere Verhältnisse zu verbessern, als das Koalitionsrecht, auf deutsch die gewerkschaftliche Organisation. Darum auf zur praktischen Arbeit, denn nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erkämpfen muß. Mit diesen Worten schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Beifall bewies, daß die Ausführungen des Redners die hiesigen Verhältnisse treffend kennzeichneten. An den Mitgliedern liegt es nun, das Gehörte in die Tat umzusetzen und das Beispiel von vielen Zahlstellen unseres Verbandes, die wacker ihren Mann gestanden haben bei Lohnkämpfen, nachzuahmen. Unter Punkt Verschiedenes fanden interne Angelegenheiten ihre Erledigung, wonach Schluß der interessanten Versammlung erfolgte. Nächste Versammlung am 2. Juli, alle Mitglieder werden ersucht, zu erscheinen. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Anträgen zur Generalversammlung. Indifferente sind mitzubringen.

Bielefeld. Vor nicht allzulanger Zeit wurde auch in Bielefeld eine Zahlstelle des christlichen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes gegründet, welche in der ersten Zeit ihres Bestehens nicht gut vorwärts wollte, aber jetzt gute Aussichten für die Zukunft bietet. Die Agitation des christlichen Schneider- und Schneiderinnenverbandes läßt nun auch dem freien Wäscheverband keine Ruhe, und erhielten die Christlichen denn eine Einladung zu einer Versammlung, in welcher Genosse Bücher nach dem Bericht der Volkswacht die Zersplitterungstätigkeit der christlichen Gewerkschaften gründlich beleuchtete und dem totgeborenen Kinde (so wurden die christlichen Gewerkschaften bei ihrem Erscheinen am Orte von den Genossen bezeichnet) nochmals den Todesstoß versetzte. Nun wird es wohl bald sterben. In der Diskussion wurde die Feigheit der Mitglieder des christlichen Verbandes, welche nicht erschienen waren, hervorgehoben, so berichtet die Volkswacht. Wenn die Herren Wäschearbeiter aus ihren öffentlichen Versammlungen leibhaftige Genossen, weil sie etwas sagten, was den Zielbewußten nicht paßte, hinausbeförderten und die Treppe hinunterwarfen, dann dürfen sich die Genossen doch nicht wundern, wenn die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht das Bedürfnis empfinden, auf Kommando der Genossen sich einer ähnlichen Gefahr auszusetzen. Wir werden uns auch in Zukunft vorbehalten, den Einladungen der Genossen zu folgen oder nicht, ganz wie es uns beliebt. Den Mitgliedern des christlichen Verbandes sei auch an dieser Stelle empfohlen, die Verbandszeitung genau zu studieren und möglichst aufzuheben, damit sie den Genossen und Genossinnen Antwort geben können, denn nach dem Bericht der Volkswacht scheint Genosse Bücher auch die Lügen der Volkswacht über den Kölner Tarifabschluß verzapft zu haben. Wenn die Mitglieder auf den Werkstätten und in der Fabrik offen Farbe bekennen und dann eifrig ohne Ausnahme agitieren, dann wird auch das totgeborene Kindlein in Gestalt des christlichen Schneiderverbandes in Bielefeld in die Höhe kommen. Mögen die Genossen nur ruhig das noch nie dagewesene Schauspiel des Kampfes gegen ein totgeborenes Kind der Welt bekunden, um so ihre geistige Höhe vor aller Welt zu dokumentieren, und läßt dies kalt. Darum Kollegen und Kolleginnen, seid alle eifrig tätig für diejenige Organisation, welcher ihr angehört, damit die Zahlstelle Bielefeld immer als eine der besten im Verbande dasteht. Sorgt alle dafür, daß jene Kollegen und Kolleginnen, die noch auf christlichem Boden stehen, sich in dem christlichen Verband organisieren, wo sie ihre wirtschaftlichen Interessen auf alle Fälle besser vertreten können, wie in den freien Gewerkschaften, ohne befürchten zu müssen, daß sie in ihrer christlichen Ueberzeugung verletzt werden. H. S.

Unna-Bielefeld. In unserer Versammlung am 21. Mai wurde Stellung genommen zur Generalversammlung. Nach einem Vortrag des Kollegen Groß, der die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge als die erste Frage bezeichnete, mit der sich unsere diesjährige Generalversammlung zu befassen habe, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Die Generalversammlung wolle beschließen, den Beitrag für die [illegible] um 10 Pfg. pro Woche, also auf [illegible] zu erhöhen. Für Wochenarbeiter und [illegible] [illegible] Weibliche Mitglieder auf [illegible] werden. Desgleichen sollen [illegible] und die Unterstützungen erhöht werden. Ferner wurde die Notwendigkeit [illegible] Kräfte [illegible] [illegible]

[illegible]

[illegible]

band der Keramarbeiter und der Verband der Bäcker und Konditoren ihre Verbandstage ab. Beide Verhandlungen legten Zeugnis ab von dem regen Geist und der lebendigen Zuversicht für die Zukunft, die in den christlichen Organisationen herrschen. — Auf dem Verbandstage des Zentralverbandes der christlichen Keramarbeiter wurde u. a. eine Erhöhung der Wochenbeiträge der Mitglieder beschlossen und zwar eine Staffelung. Bei einem täglichen Einkommen von weniger als 2.50 Mk. soll der Wochenbeitrag 20 Pfg., bei einem Tagesverdienst von 2.50 Mk. bis 4.50 Mk. 30 Pfg. und bei einem solchen von mehr als 4.50 Mk. 40 Pfg. betragen. Die gesamten Unterstützungseinrichtungen des Verbandes sollen durch den Zentralvorstand und eine besondere Kommission entsprechend der Höhe der Wochenbeiträge neu geregelt werden. Die von verschiedenen Seiten beantragte Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde bis zur nächsten Generalversammlung abgelehnt. Die Freistellung weiterer Verbandsbeamten wurde dem Zentralvorstand anheimgegeben, jedoch die definitive Anstellung eines dem Zieglerberuf angehörenden Sekretärs sofort beschlossen. Der Verband zählte am 1. Mai 5219 Mitglieder und hat in der letzten Zeit seines Bestehens einen flotten Aufschwung genommen. — Von den auf dem Verbandstag des christlichen Bäcker- und Konditoreigehilfenverbandes gefaßten Beschlüssen seien folgende erwähnt: Der Beitrag wurde von wöchentlich 25 Pfg. auf 40 Pfg. erhöht. Des weiteren wurde die Freistellung eines Beamten beschlossen. Die Unterstützungseinrichtungen erfuhren eine wesentliche Erhöhung. An Krankengeld wird in Zukunft gewährt: Auf die Dauer von 45 Tagen nach einjähriger Mitgliedschaft 60 Pfg., nach zweijähriger Mitgliedschaft 80 Pfg. und nach drei- und mehrjähriger Mitgliedschaft 1 Mk. pro Tag. Reiseunterstützung wird bis zur Höhe von 25 Mk. gewährt. Außerdem gewährt der Verband unentgeltlichen Rechtsschutz und Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt, sowie an verheiratete Mitglieder Sterbegeld und Umzugsunterstützung. Der Titel lautet fortan: Verband christlicher Bäcker und Konditoren und verwandte Berufe. Geschäftsstelle: Düsseldorf, Hüttenstraße.

Sozialdemokratische Geisteswaffen. Am Samstag den 16. Juni hielt die Zahlstelle Köln des christlichen Holzarbeiterverbandes im dortigen Kristallpalast eine von 500 Personen besuchte Versammlung ab. Zu derselben hatten sich auch ungefähr 50 „Genossen", meist Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, eingefunden und zwar, wie aus ihrem ganzen Verhalten hervorging, mit der bestimmten Absicht, die Versammlung zu stören. Infolge des von den „Genossen" veranstalteten Radaus mußte dieselbe geschlossen werden. Nicht zufrieden mit diesem Resultate gingen dann die „Holzgenossen" gegen die Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes mit Tätlichkeiten vor, was eine allgemeine Schlägerei zur Folge hatte. Nachdem erst mit Schirmen und Stöcken geschlagen wurde, dienten später Stühle und Biergläser als Wurfgeschosse. Von letzteren sollen ungefähr 150 zertrümmert worden sein. Sogar durch die Abschlüsse zum Restaurationsraum und zum Hof flogen die Biergläser. Die Tische wurden umgeworfen und bildeten mit den dazwischen liegenden Menschen, Stühlen, zerbrochenen Stöcken und Glasscherben ein wirres Durcheinander. In ihrem blinden Fanatismus haben sich die Genossen, welche sich aus der Hefe ihrer Gemeinschaft zusammensetzten, gegenseitig verprügelt. Verschiedene mehr oder weniger schwer Verletzte blieben auf dem Kampfplatze. Die Wut der „Genossen" ist erklärlich, weil man weiß, daß der christliche Holzarbeiterverband im Kölner Bezirke stetige Fortschritte macht, während der sozialdemokratische Verband den Krebsgang geht. Es ist ja auch nur zu natürlich, daß anständige Menschen von einer solchen Gesellschaft weit abrücken.

Soziales und Allgemeines.

Neuregelung der Hilfskassen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben sich die Aussichten des Hilfskassengesetzes, die nach dem Verlaufe der ersten Lesung im Plenum des Reichstages ungünstig erscheinen mußten, während der nunmehr abgeschlossenen Kommissionsberatung wesentlich gebessert. Namentlich hat die überwiegende Mehrzahl von Kommissionsmitgliedern, unter denen sich ein führendes Mitglied der christlichen Gewerkvereine und ein an den sozialen Bestrebungen des Handlungsgehilfenstandes in hervorragender Weise beteiligtes Mitglied der wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages befinden, die Ueberzeugung gewonnen, daß eine Erdrosselung der freien Hilfskassen mit der Vorlage weder beabsichtigt gewesen ist, noch daß eine solche Wirkung eintreten kann. Es hat sich vielmehr, abgesehen von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission, die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die soliden Hilfskassen auch unter der Herrschaft des neuen Gesetzes ihre allgemein als notwendig und segensreich anerkannte Tätigkeit weiter werden ausüben können. [illegible]

[illegible]

derjenigen Unternehmungen, die sich innerhalb des Rahmens der von den gegenwärtigen freien Hilfskassen gewährten Leistungen halten, schwer zu erfüllende Leistungen gestellt werden. So ist namentlich erreicht worden, daß diese Unternehmungen keinen höheren Reservefonds als den im Hilfskassengesetze vorgesehenen anzusammeln haben, daß die Vorlage versicherungstechnischer Berechnungen und die Ansammlung eines Prämienreservefonds ihnen erspart bleiben, ferner, daß sie nicht angehalten werden können, Hauptbevollmächtigte für die einzelnen Bundesstaaten zu bestellen. Als eine sehr wichtige Garantie für die dauernde Erhaltung einer einfachen und billigen Verwaltung der Hilfskassen muß es auch bezeichnet werden, daß sie, abgesehen von ihrem etwa ausdrücklich auf das Gegenteil gerichteten Willen, als kleinere Vereine anerkannt werden müssen, daß also die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches auf ihre Verfassung und Verwaltung ohne ihren Willen keine Anwendung finden können. Auch in der Beziehung sind den Kommissionsmitgliedern beruhigende Zusicherungen seitens der Vertreter der Regierungen erteilt worden, daß umfangreiche und eingreifende Aenderungen der Satzungen der bestehenden Hilfskassen infolge des Uebergangs in den neuen Rechtszustand im allgemeinen nicht erforderlich sein werden. Wenn das Gesetz zustande kommt, darf mit Sicherheit gehofft werden, daß die Gründung von schwindelhaften Unternehmungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung fernerhin ausgeschlossen ist, daß dagegen die soliden Hilfskassen mit allen Garantien für eine weitere gedeihliche Entwicklung ausgestattet sein werden.

Sozialdemokraten als Arbeitgeber. In Augsburg hat jüngst im Schuhmachergewerbe eine Lohnbewegung stattgefunden, bei der sich wieder einmal herausstellte, welchen auffälligen Standpunkt Sozialdemokraten einnehmen, wenn sie zu den Arbeitgebern gehören. Nach den „Augsb. Neuen Nachr." führte der Schuhmacher Renner, einer der bekanntesten und eifrigsten „Genossen", in einer Versammlung der Schuhmachermeister eine Sprache, wie sie die Genossen wohl kaum je von den schlimmsten „kapitalistischen Ausbeutern" der Bourgeoisklasse gehört haben. Renner führte aus, daß die Meister den Gehilfen entgegengekommen seien und daß den Gehilfen dieses Entgegenkommen auch genügt hätte, aber den Führern nicht. Diese hätten aber den Gesellen abgeraten, auf die Bewilligungen der Meister einzugehen und noch dazu geschimpft, während doch die besoldeten Beamten der Gewerkschaft nicht dazu da seien, um zu schimpfen, sondern um praktische Arbeit zu machen. Renner erklärte offen für seine Person, wenn er gewußt hätte, was das für Arbeiterführer seien, die in den gemeinsamen Verhandlungen waren, dann hätte er gesagt: „Diese Herren bleiben draußen, wir verhandeln mit den Arbeitern allein, dann bringen wir etwas zustande, denn das sind keine Arbeiterführer, das sind Verräter." Der sozialdemokratische Schuhmacher zog als praktische Lehre aus diesen ganzen Vorgängen, daß „mit den Phrasen, die die Arbeiterführer in ihren Versammlungen dreschen, nichts getan" sei. Ob dieser offenherzige Genosse nun aus der Partei hinausfliegt?

Versammlungs-Anzeiger.

Die nächsten Versammlungen finden statt.

Aachen I im Kölner Bierhaus, Rennbahn 2, am 10. 7.

Aachen II im Kölner Bierhaus, Rennbahn 2, am 1. 7.

Augsburg beim Paritätswirt am 2. 7.

Altenmittlau am 22. 7.

Aschaffenburg. Die nächste Versammlung findet Sonntag den 1. Juli in Schweinheim im Gasthaus zur Prinz Luitpold-Linde, nachm. 4 Uhr, statt.

Beuthen. Tarnowitzerplatz 16, am 9. 7.

Breslau im Rest. z. Bär auf der Orgel am 10. 7.

Berlin im Rest. z. grünen Graben, Seydelstr. 30, am 27. 6.

Bielefeld im Rest. Herforderstr. 84, am 10. 7.

Baden-B. im Rest. z. Schützenhof am 3. 7.

Bochum im christlichen Gewerkschaftshaus am 9. 7.

Bonn im christlichen Gewerkschaftshaus am 4. 7.

Cleve im Rest. v. A. Wellen am kl. Markt am 3. 7.

Düsseldorf im St. Paulushaus am 10. 7.

Dresden in Helbings Rest., Theaterpl., am 8. 7.

Dortmund im christlichen Gewerkschaftshaus, Lützelbrückstr. 5—7, am 10. 7.

Danzig im St. Josefshaus am 9. 7.

Darmstadt in der Brauerei „Grohe", Karlstr. 10, am 10. 7.

Elberfeld im Rest. Goller, Isländerbrücke, am 9. 7.

Essen im christlichen Gewerkschaftshaus, Fronhauserstraße 19, am 2. 7.

Freiburg I. Schneider, im Rest. z. guten Quelle, Marienstr., am 3. 7.

Freiburg II. Kolleginnen, im kath. Vereinshaus am 25. 6.

Frankfurt im Rest. z. gold. Zange, Fahrgasse 52, am 28. 6.

Gelsenkirchen am 9. 7.

Großwallstadt im Engel am 9. 7.

Hamburg im Rest. z. Wartburg am 2. 7.

Hagen im Rest. Brenne am 25. 6.

Hildesheim im Braunschweigerhof am 9. 7.

Hamm bei Höttle, Nordstr., am 9. 7.

Herford im Vereinshaus am 10. 7.

[illegible] am 10. 7.

Jugenheim [illegible] am 8. 7.
Karlsruhe im Rest. Rodenberger am 12. 7.
Kaiserslautern im Rest. Sertior am 2. 7.
Kempten [illegible] am 2. 7.
Koblenz am [illegible] 7.
Köln im Rheinhof, Apostelstr. am 8. 7.
Köln [illegible] der Maßschneider, im Lyssel am [illegible] am 26. [illegible]
Karlsruhe im [illegible] Rest., Grundmannstr. 34, am [illegible] 7.
Kiel im Rest. Forbrieten, Schwenbrücke 6, am 7. 7.
Landshut im [illegible] am 9. 7.
M.-Gladbach Herrenschneider im Rest. Heim, [illegible] am [illegible] 7.
M.-Gladbach Damenschneider im Rest. Heim, am [illegible] 7.
Mülhausen i. E. bei Hertzer, Bollerstr. 21, am 2. 7.
Mülheim a. Rh. im Rest. Siebert am 9. 7.
Mainz im Rest. Korp Otto, Pfeileng. 9, am 3. 7.
Münster [illegible] Wiedenbrück, Aegidistr., am 25. 6.
München im Gasthaus z. Sanktjohanner, Kreuzstr. 34, am 4. 7.
Niederberg am 1. 7.
Nürnberg im Rest. z. Storch auf d. Insel Schütt am 10. 7.
Oldenburg im deutschen Haus, am Markt, am 2. 7.
Offenbach a. M. im Schützenhof, Herrnstr., am 11. 7.
Osnabrück am 9. 7.
Passau im Gasthaus Mangenberger am 9. 7
Paderborn in der Tomschenke am 2. 7.
Pforzheim im Gasth. z. Einhorn am 9. 7.
Recklinghausen bei Eichhoff, Münsterstr., am 2. 7.
Reichenhall im Rößl am 3. 7.
Speyer in der Schwarzschen Brauerei am 1. 7.
Stuttgart im Evangel. Handwerkerhaus, Gerberstr. 2, am 11. 7.
Steele am 9. 7.
Würzburg im Gasthaus z. Stern, Domstr., am 2. 7.
Wiesbaden im Kochbrunnen, Saalgasse, am 10. 7.

Das Handbuch der christlichen Gewerkschaften ist in zweiter Auflage mit bedeutend erweitertem Umfang erschienen. Da dasselbe eine Fülle von Material bietet, ist es für jeden Gewerkschaftler, besonders für in der Agitation stehende Kollegen, ein unentbehrliches Hilfsmittel. Zu beziehen durch die Zentrale zum Preise von 75 Pfg. inkl. Porto.

Universal-Einheits-System!

Neu erfundenes Meter-Proportions-Zuschneideverfahren ist die höchste Errungenschaft für den praktischen Gebrauch und für jeden Fachmann von unschätzbarem Wert. Proportional-System (6 Nummern) 2.50 Mk. Probe-Konstruktion (6 Nummern) gratis durch die Erste Berliner Bekleidungs-Akademie Friedrich Biallas, Berlin [illegible] 37.

4. Jahres Bilanz der Münchener Schneider-Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H. am 31. Dezember 1905.

Aktiva.

An Guthaben an die Geschäftsanteile	70.—
„ Wertpapiere [illegible] Bürgengenossenschaft	6.50
„ Spar [illegible]	1500.—
„ Diversen Debitoren	4594.85
„ Waren Vorräte	1320.27
„ Maschinen und Werkzeug	257.—
„ Kassa Bestand	303.61
„ Verlust	969.60
	9021.83

Passiva.

Per Geschäfts-Anteile	1350.—
„ Anleihen	3995.60
„ Lieferanten	3676.23
	9021.83

Im Anfange des Jahres 1905 waren 16 Genossen mit 24 Geschäfts-Anteilen
Eingetreten im Laufe „ „ „ „ 3 „ „ 4 „
Ausgetreten „ „ „ „ 1 „ „ 1 „
Am Schlusse „ „ „ „ 18 „ „ 27 „

Die Geschäftsguthaben haben sich um 150 Mk. vermehrt und betrugen am Ende des Jahres 1350 Mk. Die Gesamt-Einnahmen haben sich um 300 Mk. vermehrt und betrugen am Ende des Jahres 2700 Mk.

München, den 3. Mai 1906.

Der Vorstand:
Karl Oppinger. Georg Brem.
Benedikt Werthmüller.

Der Aufsichtsrat:
Karl Schnorr. Martin Walter.
Hermann Kimpel.

Unserm Kollegen
Walter Rotell
zu seiner Vermählung mit Frl.
Johanna Wolff
die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Danzig.

Unserem Kollegen
Josef Wipfler
zu seiner Vermählung mit Frl.
Anna Ochs
die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Rüdersdorf.

Das Reich

Unabhängige nationale Berliner Tageszeitung für soziale Reform. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2.55 Mk. monatlich 85 Pfg. bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 72 Pfg. monatlich 24 Pfg. mehr. Das „Reich" ist daher die billigste täglich zweimal erscheinende nationale Tageszeitung der Reichshauptstadt. Eigener Zeitungsdienst, eigene Spezialberichterstatter. Probenummern versendet unberechnet die Geschäftsstelle: Berlin SW. 61, Johannisstr. 8.

Verlangen Sie gratis die Prospekte der
Moden-Akademie
der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland-Westfalen
KÖLN a. Rh., Gereon 2.
Die Hauptkurse beginnen am 2. Juli und 1. August im Zuschneiden von Civil, Uniformen, Damen- u. Kinder-Garderobe.
Leichterlernbares, unübertroffenes Zuschneide-System.
Stets Nachfrage nach Zuschneidern und Direktricen.
Kostenlose Stellenvermittlung.
Lehrbücher z. Selbstunterricht: Die ges. Herren- u. Knabengarderobe M. 18.—
Die ges. Kostümbranche u. Kindergarderobe I. Bd. M. 8.50 | Beide Bände
Die Mäntelbranche und Sportsachen II. „ „ 8.50 | zus. M. 15.—
Mode-Journale. Schnittmuster-Versand.
Unser System wird gelehrt: im Kath. Gesellenverein in Köln, im Verband christl. Schneider in Köln, im Verband Freie Gewerkschaft in Köln, im Verband christl. Schneider in Düsseldorf.

Ein Hygienischer Erfolg
ist die Erfindung meines patentamtlich geschützten
Regulierbaren Bügelofens
mit Holzkohlenfeuerung. In Folge seiner sinnreichen Konstruktion kann derselbe auch bei heisser Jahreszeit ohne Unbequemlichkeit zu werden, in jeder Werkstätte benutzt werden.
Keine Gasentwicklung! Kein Geruch!
Bedeutende Brennmaterialersparnis!
Leichteste Handhabung!
Preis des Ofens nur [illegible] Mk.
Zahlreiche Anerkennungsschreiben und Empfehlungen.
Zu beziehen durch Karl Mann Karlsruhe, Wilhelmstrasse 20.

Bekleidungs-Akademie
des Zuschneider-Vereins Frankfurt a. M.
Neue Zeile 63
Zuschneide-Lehranstalt
für alle Fächer, einfachste und beste Lehrmethode, grossartiger Erfolg.
Lehrbücher zum Selbstunterricht. Schnittmusterversand.
Jederzeit neue Kurse bei vorheriger Anmeldung.
Stellennachweis kostenlos. Prospekte gratis.
Die Direktion: Gg. Klamm.

Gegründet 1886.
Zuschneide-Akademie von
Köln a. Rh.
Hansa-Ring Nr. 22.
Wilh. Peters & Sohn
früher Rousselsche Schule.
Lehr-Anstalt I. Ranges
Keine Filialen!
2 Deutsche Reichs- u. 6 Ausländs-Patente.
Kostenlose Plazierung als Zuschneider u. Direktrice.
Illustrierte Lehrpläne kostenlos.